

2007-03-29

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 20.09.2006

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann stellv. Stadtratsvorsitzender
Herr Semper stellv. Stadtratsvorsitzender

Anwesenheit: **Soll:** XX **Ist:** XX

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner begrüßte die Anwesenden und bat sie, sich von ihren Plätzen zu erheben. Mit ehrenden Worten gedachte er Herrn Meißner, Bürgermeister von Rodleben, welcher bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen war. Nach einer Schweigeminute nahmen die Mitglieder des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung und Gäste die Gelegenheit wahr, sich in das ausliegende Kondolenzbuch einzutragen.

Die Sitzung wurde von Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner eröffnet. Er stellte die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Die mit der Ladung übergebene Tagesordnung fand die Zustimmung der Mitglieder des Stadtrates.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Lohde, Jacqueline

Fraktion der PDS

Ehlert, Heidemarie
Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Katja

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Müller, Angela
Semper, Manfred

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Skrajewski, Lydia

Fraktion Freie Wähler

Göricke, Hagen

Unentschuldigt

Die Tagung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.07.2006

Die Niederschrift zur Sitzung vom 12. Juli 2006 wurde genehmigt.

2. Berichte des Oberbürgermeisters

2.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Über wesentliche Ereignisse und Sachverhalte im Zeitraum zwischen den Stadtratsitzungen am 12. Juli und 20. September 2006 berichtete **Herr Oberbürgermeister Otto**. So erfolgte

am **28. Juli** die Übergabe der Ehrennadel des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt an Herrn Dr. Diestelkamp.

Am **21. August** erreichte Dessau die Nachricht, dass das Fleischzentrum Anhalt voraussichtlich am 30.09. schließt, was sich zwischenzeitlich bestätigte. Hier werden neben vielen anderen auch 28 Dessauer Bürger ihre Arbeit verlieren. Dem Unternehmen war in einem Gespräch, an dem Herr Bundestagsabgeordneter Petzold und auch Herr Meißner teilnahmen, von Herrn Oberbürgermeister Otto die Bereitschaft signalisiert worden, sich dafür einzusetzen, Fördergelder vom Land zu bekommen, um eine Erweiterungs- und Modernisierungsinvestition zu unterstützen. Dieses Angebot habe der Vorstand nach einer Woche telefonisch mit der Begründung abgelehnt, es gebe am Markt schon ein Überangebot an Kapazitäten. Im Ergebnis aller Bemühungen können nun 16 Mitarbeiter weiter beschäftigt werden, davon 4 im Landkreis Dahme-Spreewald und für 12 Mitarbeiter mussten Kündigungen ausgesprochen werden. Bei letzteren waren einige nur stundenweise beschäftigt oder konnten nahtlos in die Rente übergehen, so dass eine relativ gute Regelung für die Betroffenen erzielt wurde.

Vom **24. bis 28. August** weilte Herr Oberbürgermeister Otto mit Herrn Wolfram und der Jugend-Big-Band anlässlich des 35. Jubiläums der Städtepartnerschaft in Klagenfurt. Die Big-Band kam in Klagenfurt sehr gut an und es wurde sehr viel Zuspruch über die Leistungen der Band geäußert.

In der Region von Dessau, Wörlitz, Wittenberg und in Ferropolis fand vom **31. August bis 2. September** das Sommerfest von McKinsey statt. Hierbei waren ca. 3000 Teilnehmer zu Gast. Es werde dazu Nachbereitungen geben und McKinsey werde

Empfehlungen und kostenlose Analysen für die Region geben. Bereits morgen werde ein Mitarbeiter von McKinsey zu einem Gespräch bei Herrn Otto erwartet.

Am 2. September fanden das Open-Air-Konzert des Anhaltischen Theaters zur Eröffnung der neuen Spielzeit sowie der Beginn des Weißen Festes mit großer und positiver Resonanz statt. Des Weiteren wurde in Kochstedt das 300-Jahr-Fest begangen. Herr Oberbürgermeister Otto sprach an dieser Stelle allen Organisatoren Anerkennung und Dank für die organisatorischen Leistungen aus.

Die Verabschiedung des Generalkonsuls der Schweiz, Herrn Hans Dürig, war am 5. September. Herr Dürig weilte oft in Dessau und er hatte großen Anteil daran, dass die Stadt die Schule in Waldersee sanieren konnte. Auch das Konsulat der Schweiz in Dresden werde nun geschlossen.

Am **8. September** war die Einweihung des neuen Umspannwerkes in Dessau-Alten. Der Wirtschaftsminister stellte bei seinem Grußwort fest, dass Dessau die größte Industriedichte und den höchsten Durchschnittslohn in Sachsen-Anhalt hat. Herr Otto ergänzte hier, dass die Stadt auch ständig sinkende Arbeitslosenzahlen verzeichne und dennoch 17,1 % Arbeitslosigkeit immer noch zu hoch sei.

Am gleichen Tage war die Präsentation des neuen Prototyps der Fahrzeugtechnik - PROTOS.

Positive Resonanz fand am **10. September** der Tag des offenen Denkmals.

Am **15. September** konnte die Eröffnung der Stadtschwimmhalle vorgenommen werden und es fand die „Nacht des Stadtumbaus“ statt.

Am **18. September** war die Veranstaltung des Bündnisses gegen Rechts mit der Präsentation der Wettbewerbssieger „Aktiv für Demokratie und Toleranz“.

In seinen weiteren Darlegungen informierte **Herr Oberbürgermeister Otto** darüber, dass eine Landräteberatung am Donnerstag vergangener Woche war. Es gebe ein Schreiben des Wirtschaftsministers Dr. Haseloff, in dem es um den derzeitigen Stand der Übernahme und das weitere Verfahren mit dem Optionsmodell, das im Landkreis Anhalt-Zerbst zur Zeit ausgeübt wird, geht. Der derzeitige Stand ist, dass nur der Rechtsnachfolger - im Moment nach Gesetzeslage der Landkreis Jerichower Land, aber nach dem neuen Entwurf der Landkreis Anhalt-Bitterfeld das Optionsmodell übernehmen kann, aber nur für den Teil des Landkreises Anhalt-Zerbst, den er übernimmt. Er habe dann zwei Möglichkeiten, entweder nimmt er es an und macht dann für einen Teil Optionsmodell und für die beiden anderen Landkreise hat er noch das Problem, dass er jeweils eine ARGE hat, die an unterschiedliche Arbeitsämter gebunden ist. Die zweite Variante ist, er gibt die Option zurück mit dem Hinweis, dass die Experimentierphase nur bis zum Jahr 2008 geht und sich der Bund danach neu entscheiden soll.

In den letzten beiden Tagen wurde die Stadtverwaltung über zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten informiert. Die ARGE hat zusätzliche Gelder bekommen und es werden in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Dezember in Größenordnungen 1-€-Job-Maßnahmen geschaffen. Diese werden überwiegend mit freien Trägern abgearbeitet.

Abschließend verwies **Herr Oberbürgermeister Otto** auf den ausgereichten Hochwasserbericht und merkte an, dass es eine erfreuliche Entwicklung hinsichtlich freigegebener Mittel gibt und mit dem Friederickenwall noch in diesem Jahr begonnen wird.

2.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurden im nichtöffentlichen Teil folgende Beschlüsse gefasst:

- Tausch von kommunalen Grundstücken gegen im Eigentum der Fa. Diringer und Scheidel befindliche Grundstücke im Plangebiet Lobenbreite, welcher auf der Grundlage eines alten Stadtratsbeschlusses erfolgte.
- Erteilung von Belastungsvollmachten für einzelne Käufer in der Waldsiedlung Kochstedt;
- Für den Stadtbau Ost wurden ein Kommunikationsprojekt und die Einbindung von Akteuren und Beteiligten in der Öffentlichkeit beschlossen.

3. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.20 Uhr

Herr Wolfgang Blasberg, Dessau, Kühnauer Straße 124, brachte sein Anliegen in Form einer Erklärung zur Wirkung des Rechtsstaates und der Arbeit der Stadtverwaltung Dessau zum Ausdruck. Er fühle sich tief verletzt und merkte an, dass die Stadtverwaltung für eine Banalität kassiere. Die MZ habe am 7. August 2006 in ihrem Leitartikel über Strafe für Ausweissünder berichtet. Daraufhin habe er festgestellt, dass sowohl sein Ausweis und der seiner Frau seit Januar 2006 ungültig sind. Noch am gleichen Tag haben sie zwei neue Ausweise beantragt, wonach die Stadtverwaltung eine Ordnungswidrigkeitsstrafe verhängte und eine Geldbuße in Höhe von 20,- € und für Kosten des Verfahrens 25,- € (45,60 € pro Person) erhob. Gleichzeitig wurde bei Nichtzahlung mit Erzwingungshaft gedroht.

Die Frage von Herrn Blasberg ergab sich nunmehr daraus, dass er feststellte, dass dieses Problem in Sachsen-Anhalt unterschiedlich gehandhabt werde und er so den Gleichheitsgrundsatz der BRD verletzt und nicht die Verhältnismäßigkeit der Strafe zum „Delikt“ erkenne. Er wählte deshalb den Weg in die Öffentlichkeit und bat, den Vorgang gründlich zu prüfen.

Nach dem Hinweis auf die bestehende Rechtslage sagte **Herr Oberbürgermeister Otto** die Prüfung einer evtl. Ungleichbehandlung auch hinsichtlich unterschiedlicher Verfahrensweisen der Städte und eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Herr Manfred Grahneis, wohnhaft in Dessau, Waldweg 22, bezog sich auf die vorgesehene Erweiterung der Brenntage. Man öffne damit Tür und Tor für die sog. Qualmer. In den Wohngebieten spielen sich unliebsame Dinge ab, so würden im Gebiet Waldweg, Giebelweg, Großkühnauer Weg und Achteck alte Papp- oder Bretterbuden, Dachpappe u. Ä. verbrannt. Er bat, die neue Regelung zu überdenken.

Die Entscheidung war im zuständigen Ausschuss lange und heiß umkämpft und man sei dem Standpunkt der Verwaltung leider nicht gefolgt, merkte **Herr Beigeordneter Gröger** an. Er könne die einzelnen Fraktionen deshalb nur bitten, sich mit dem Vorgebrachten nochmals auseinander zu setzen. Ergänzend fügte **Herr Oberbürgermeister Otto** an, es sei eine Gratwanderung und es gebe mindestens so viele Befürworter wie Ablehnende dabei. Seitens des Umweltamtes werde es Veröffentlichungen zur Regelung geben und es bestehe dann die Möglichkeit, bei Verstößen das Umweltamt oder ggf. die Polizei zu informieren, damit die Sünder überführt und sofort bestraft werden können.

Er habe bei der Wortmeldung von Herrn Blasberg die lt. Geschäftsordnung erforderliche Anfrage vermisst, äußerte **Herr Manfred Hoffmann** an den Stadtratsvorsitzenden gewandt. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** entgegnete darauf, in dem Fall sogar drei Fragen heraus gehört zu haben. Er weise immer wieder auf den Inhalt der Einwohnerfragestunde hin, er müsse den Bürgern aber die Möglichkeit einräumen, ihr Anliegen entsprechend zu erläutern. Herr Dr. Exner nehme die kritische Anmerkung, hier doch sehr großzügig gehandelt zu haben, für die Zukunft zur Kenntnis.

4. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Im Punkt der **allgemeinen Anfragen und Informationen** ergriff zunächst **Herr Schönemann, PDS-Fraktion**, das Wort. Er bezog sich auf den in der Diskussion befindlichen Justizstandort Dessau als wesentlichen Bestandteil des dritten Oberzentrums Sachsen-Anhalts und bat darum, es möglich zu machen, den zuständigen Minister oder das Kabinett nach Dessau zu bitten, um sich den Fragen der Stadträte bzw. der Bürger zu stellen. Aus seiner Sicht sei dies nötig, da das Schreiben von Briefen nicht die Effizienz habe. Am Beispiel der Polizeidirektion müsse man inzwischen fragen, ob es versteckte Wahlstrategie sei, wenn man einen Papierdrachen aufsteigen lässt, um ihn im Anschluss mit einem Pappschwert zu beseitigen.

Zweitens betreffe es eine Kritik in einem Presseartikel, die Herr Schönemann aus seiner Sicht zurückweisen müsse und die eigene Landtagsfraktion betreffe. Er wolle sich der Kritik hinsichtlich der Wahrnehmung der Pflichten Rodlebens und Roßlaus für den Naturpark Fläming nicht anschließen und hinterfragen, da er der Meinung sei, dass gerade im Prozess der Fusion Dessau Roßlau und in der Frage der Eingemeindung von Rodleben dieses Thema in dieser Form nicht zur Beratung stand. Hier hätte im Vorfeld durch Information zum Sachstand Klärung erfolgen müssen.

Die Kritik sei ihm nicht bekannt, erklärte **Herr Oberbürgermeister Otto**. Die Verwaltung habe sich mit dem Naturpark Fläming schon beschäftigt, die Geschäftsführerin sei auch schon bei ihm zu einem Gespräch gewesen. Dies müsse nun in den Gremien weiter behandelt werden.

Zu der ersten Problematik führte **Herr OB Otto** aus, dass die Stadtverwaltung bereits vor seinem Urlaub mit den Vertretern der Gerichte zusammen gesessen habe und dann durch Herrn Gröger ein Brief an die Ministerin gerichtet wurde, um um einen Gesprächstermin zu bitten. Der Termin wurde inzwischen für den 1. November benannt. Dazu, ob dieser vorgezogen werden kann, da Herr Otto noch daran teilnehmen möchte, sei bisher keine Rückinformation da. Darüber hinaus habe **Herr Oberbürgermeister Otto** die Landrätedienstberatung in der vorigen Woche genutzt, die Region für diese Bemühungen zu gewinnen, wozu auch Bereitschaft bestand. Es wurde ein gemeinsamer Brief verfasst, welcher gestern abgeschickt wurde. Außerdem gebe es eine Presseveröffentlichung des Ministeriums der Justiz, dass das Landgericht, die Staatsanwaltschaft und die Polizeidirektion in Dessau verbleiben. Es gehe nun noch vordringlich um das Verwaltungs- und das Sozialgericht. Hierzu sei man mit Unterstützung der Landräte vorstellig geworden, um das Oberzentrum zu stärken und die Region nicht von solchen Dingen zu entblößen.

Hinsichtlich der Hinzuziehung des Kabinetts gab **Herr Oberbürgermeister Otto** die Empfehlung und richtete die Bitte an die CDU, dass ihre zwei Landtagsabgeordneten dies mitnehmen, da dies der kürzere Weg ist. Herr Otto könne sicherlich auch einen

Brief schreiben, jedoch sei ein Gespräch der Landtagsabgeordneten der direkte Weg.

Ergänzend informierte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, zum Stand der Optionsmodelle, worüber Herr Oberbürgermeister Otto berichtet hatte, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und der Arbeitsminister werden am Freitag, gegen 10.00 Uhr einen Termin bei Herrn Müntefering wahrnehmen, um nochmals für die auslaufende Option zu kämpfen. Es sei also vorgesehen, die zwei frei werdenden Optionen auch über den Landkreis oder je nach dem, wer diese möchte, komplett zu übernehmen.

Den Dank an den Oberbürgermeister und die Verwaltung seitens der Umweltgruppen Dessau richtete **Herr Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Für den Naturathlon-Endausscheid in Bonn, bei dem sie den 5. Platz belegt haben, wurden sie mit einheitlichen T-Shirts ausgestattet und somit unterstützt.

Das Thema, welches in der Einwohnerfragestunde angesprochen worden war, betreffend, fragte Herr Weber, warum die Änderung der Verordnung zu den Brenntagen durch den Oberbürgermeister und nicht durch den Stadtrat erlassen wird.

Eine zweite Anfrage betreffend, führte Herr Weber aus, in diesem Jahr würden die Bundesprogramme zur Unterstützung von Initiativen und Institutionen gegen Rechtsextremismus laufen. Im nächsten Jahr werde es ein Folgeprogramm geben „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Nach gegenwärtigem Stand werden nur die Kommunen in diesem Programm antragsberechtigt sein. Deshalb fragte er nach, ob die Verwaltung eine Förderung von lokalen Projekten gegen Rechtsextremismus aus dem geplanten Bundesprogramm anstrebt (in Dessau werden z. B. zwei Stellen mitfinanziert, eine Netzwerkstelle beim AJZ und eine Stelle Mobile Opferberatung). Welche Aktivitäten hat die Verwaltung bislang zur Vorbereitung eines lokalen Aktionsplanes entfaltet und mit welchen freien Trägern wolle sie zusammenarbeiten?

Herr Oberbürgermeister Otto sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Bezüglich des Hochwasserberichtes stellte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, Nachfragen an den Oberbürgermeister betreffs der Kulturstiftung und der Sanierung des Ringdeiches. In dem Zusammenhang war die Fertigstellung der Überfahrt an der Asid-Schleuse zurückgestellt worden, er fragte, wann diese nun erfolge. Bei dem Abschlussbericht zum Schwedenwall fehle die Information, wann der Bericht des Gutachters vorliegen soll. Des Weiteren bat er um Informationen zum Stand Deichtor Wasserstadt.

Zu diesem Komplex erläuterte **Herr Beigeordneter Gröger**, die Verwaltung sehe sich ohnehin noch in der Pflicht, zu den bereits in zurückliegenden Stadtratssitzungen von Herrn Giese-Rehm gestellten Fragen die Abschlussinformationen zu geben, was erfolgen werde. Auch für die innere Sanierung des Walles müsse eine Abstimmung mit der Stiftung erfolgen und Herr Giese-Rehm erhalte dann die Information. Zum Abschlussbericht Schwedenwall liege noch kein Termin vor. Das Deichtor Wasserstadt selbst sei in diesem Jahr nicht für die Realisierung vorgesehen und werde mit entschieden im Zusammenhang mit der Trassenführung der Straße.

Als weitere Frage ging **Herr Giese-Rehm** auf die Information in der MZ ein, dass die Mittel für die Umsetzung des Brunnens auf der Zerbster Straße gestreckt worden sind. Deshalb fragte er nach, wann mit der Fertigstellung nun zu rechnen sei.

Die Übertragung der Kindereinrichtungen betreffend, wies **Herr Giese-Rehm** darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nur zur Übertragung an freie Träger, nicht aber über das Verfahren Übertragung an einen Eigenbetrieb abschließend informiert sei.

Zum Eigenbetrieb gab **Herr Oberbürgermeister Otto** an dieser Stelle den Hinweis, diese Problematik sei den Fraktionsvorsitzenden erläutert worden und wird in den Ausschüssen erfolgen, bevor es in den Stadtrat kommt.

Hinsichtlich der Fertigstellung des Brunnens, sei Herr Otto nur insoweit involviert, dass er an einer Beratung mit dem Kunstbeirat teilgenommen habe, worin Herr Schönemann aussagte, diese Sache im November abschließen zu wollen. Auf jeden Fall werde die Fertigstellung aber nicht mehr in seiner Amtszeit erfolgen, womit widerlegt sei, Herr Oberbürgermeister Otto wolle sich damit ein Denkmal setzen.

Auf einen schon länger bestehenden Missstand ging **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, ein. Er fragte nach, ob die Möglichkeit einer Verhüllung der ehemaligen Kaufhalle neben dem Bauhaus besteht.

Die Kaufhalle gehöre der Stadt Dessau bzw. der IPG, merkte **Herr Oberbürgermeister Otto** an. Der Erwerb erfolgte vor Jahren in Abstimmung mit dem Kultusminister, um dem Land die Möglichkeit zu geben, die Bibliothek für die Hochschule und das Bauhaus unterzubringen. Ein dazu noch notwendiger Tausch und eine abschließende Klärung durch das Land seien immer noch offen. Deshalb sei Herr Otto bei dem heutigen Besuch des Kultusministers nochmals in dieser Angelegenheit vorstellig geworden. Er habe ihn an einen Mitarbeiter verwiesen, mit dem man nun Kontakt aufnehmen wird. Bei einem vor etwa 1 ½ Jahr stattgefundenen Vororttermin mit dem Staatssekretär Böhm, welcher mittlerweile verrentet ist, hatte dieser aber schon einmal geäußert, es wäre alles klar. Die Angelegenheit scheitere immer noch an einigen Formalien.

Es sei ein schwieriges und diffiziles Thema, schloss **Herr Beigeordneter Gröger** an. Das Land habe die Immobilien, die hier zum Tausch anstehen, vom Bund 1994 übernommen und wurde 2002 Rechtsträger mit einer Menge von Belastungen, die wir als Stadt im Falle eines Tausches nicht übernehmen können. Die Stadt habe nun einen Parallelweg zu dem vom OB dargelegten Vorschlag gewählt. In der gestrigen Planungswerkstatt habe man gerade dieses Objekt vorgesehen, um durch Einbeziehung in den Stadtumbau hier Abhilfe zu schaffen.

Über ein Geschehen in Dessau, welches unser Theater angestoßen habe, informierte des Weiteren **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**. Ursprünglich war es der Gedanke des Freundeskreises des Dessauer Theaters bei einem Dialog am 2. April mit dem Thema „Wie führe ich Jugend an Kultur heran“. Nachfolgend fand eine Zusammenkunft am 17. Juni statt und dank der Initiative des Verwaltungsdirektors, Herrn Landgraf, und der Vertreterin des Landeselternbeirates wurden Bonushefte herausgegeben. Heute wurden in Anwesenheit des Kultusministers Prof. Olbertz an Vertreter der 9. Klassen von Dessau und Roßlau im Gropiusgymnasium diese übergeben. Die Bo-

nushefte beinhalten Karten mit Ansichten von Aufführungen des Theaters, 5 Karten für den Nutzer im Wert von 1,- €, für eine Begleitperson für 3,- € sowie eine Karte für ein Stück seiner Wahl zu 1,- bzw. 3,- €. Herr Dr. Plettner denke, diese Aktion zeichne unser Theater in besonderer Weise aus und er wolle die Mitglieder des Stadtrates hierüber zeitnah informieren.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, richtete an die Verwaltung eine Frage, welche an ihn herangetragen worden war. So wurde in den letzten Wochen festgestellt, dass die Mulde am Wehr wieder vermehrt Schaum bildet. Aus diesem Grunde bat er um Ausführungen, ob das Gewässer wieder gefährdet sei.

Die **Leiterin des Umweltamtes, Frau Dr. Kegler**, erhielt das Rederecht und führte aus, nach der Veröffentlichung in der Zeitung über die Konzentration des Schadstoffes Betahexachlorzyklohexan in den Fischen könne man vermuten, dass das Muldewasser stark verunreinigt ist. Dem sei aber nicht so, die Mulde und auch die Elbe werden vom gewässerkundlichen Landesdienst des LHW regelmäßig überwacht und Proben entnommen. Es ist keine Schadstoffbelastung in der Mulde festzustellen.

Die Schaumbildung sei bereits einmal im Frühjahr und im letzten Herbst aufgetreten. Der o. g. Landesdienst habe aufgrund dessen dieses Phänomen untersucht und festgestellt, dass die Schaumbildung durch abgestorbene Kieselalgen entsteht. Dies hänge mit den Wetterverhältnissen zusammen und trete auf, wenn lang anhaltendes schönes Wetter ist, vermehren sich diese Algen und sterben bei Niedrigwasser, wenn sehr viel weniger Nährstoffe vorhanden sind, vermehrt ab.

Die „Nacht des Stadtumbaus“ wurde durch **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, als Gemeinschaftswerk von Hochbauamt, Planungsamt und Amt für Stadtentwicklung gewürdigt. Bis spät in die Nacht haben weiterhin mitgewirkt die DWG, das Anhaltische Theater und auch die Gymnasiasten des Philanthropinums haben dieses Kurs- und Sporthaus erstmals richtig in Nutzung genommen. Herr Dr. Schmidt verwies auf die heute verteilten Karten für den Erkundungs- und Spaziergang „Wir holen das Gartenreich in die Stadt“ am 30. September 2006 und sprach eine herzliche Einladung an alle aus.

Frau Sanftenberg, PDS-Fraktion, wandte sich an die Verwaltung, speziell an die Kämmerei und Stadtkasse. Sie habe **zwei** Hunde und für diese die Steuer immer gemeinsam auf **einem** Überweisungsbeleg überwiesen. Nachdem sie zwar für eine Steuer im vorigen Jahr zunächst eine Mahnung erhalten hatte, konnte sie dies telefonisch aufklären und alles hatte seine Ordnung. In diesem Jahr erhielt Frau Sanftenberg jedoch bereits die zweite Mahnung, weshalb sie frage, ob dies die neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien.

Frau Beigeordnete Nußbeck sagte eine Klärung zu.

Zurückkommend auf die Anmerkung von Herrn Schönemann zur Schelte in der Presse, stellte **Herr Oberbürgermeister Otto** fest, dass der Abgeordnete Dr. Uwe-Volkmar Köck (?) offenbar die Gesetze, die er selbst mit gemacht hat, schlecht gelesen habe. Ansonsten wüsste er, dass Dessau die Stadt Roßlau nicht zwangseingemeindet habe. Erst nach der Fusion könne die Stadt für die Rechte und Pflichten der Stadt Roßlau eintreten. Im Moment sei man aber mit einer Schadensbegrenzung

aufgrund der Gesetzeslage beschäftigt und habe für solche Dinge, die erst im nächsten Jahr anstehen, noch nicht die Zeit gefunden.

Weiterer Informationsbedarf bestand nicht.

4.1. Analyse zur Umsetzung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 30.06.2006
Vorlage: IV/080/2006/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4.2. Haushaltswirtschaftliche Sperre für Ausgabeansätze des Verwaltungshaushaltes 2006
Vorlage: BV/258/2006/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassungen

5.1. Niederlegung des Stadtratmandates aus gesundheitlichen Gründen
Vorlage: BV/293/2006/V-StR

Der Stadtrat folgte dem Beschlussvorschlag und stellte die Niederlegung des Mandates durch Frau Lydia Skrajewski einstimmig fest.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

5.2. Bestimmung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau
Vorlage: BV/270/2006/PDS

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erläuterte den Verfahrensweg zur Bestimmung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner sprach **Herrn Bürgermeister Gröger** einen herzlichen Glückwunsch aus, welcher die Bestimmung zum allgemeinen Vertreter des Oberbürgermeisters annahm.

Herr Bürgermeister Gröger bedankte sich für das damit ausgesprochene Vertrauen. All jenen, die ihm heute ihre Stimme nicht geben konnten, versprach er, hart daran zu arbeiten, auch ihr Vertrauen zu gewinnen. Des Weiteren legte er die künftigen Aufgaben dar, wie die Aufstellung des Haushaltsplanes, Verhandlungen zum auslaufenden Tarifvertrag, die Fusion mit der Stadt Roßlau, die Vorbereitung der Kommunalwahl sowie die Wahl des neuen Oberbürgermeisters für die Stadt Dessau-Roßlau u.v.a.m. Weiter legte er seine Vorstellungen für die künftige Zusammenarbeit dar.

Der Stadtrat stimmte die Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 35:01:02

5.3. Wahl der Mitglieder für die Wahlkommission der Kommunalwahlen

2007

Vorlage: BV/302/2006/I-OB

Herr stellv. Stadtratsvorsitzender Hoffmann, welcher die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernommen hatte, unterrichtete das Gremium davon, dass auf Hinweis seitens des Rechtsamtes eine Korrektur der Vorlage erfolgen müsse, da es sich nicht um eine Wahl, sondern die Bestimmung der Mitglieder der Wahlkommission handelt. Daher muss zu den gemeldeten Kandidaten eine offene Abstimmung erfolgen. Herr Hoffmann legte das Procedere dar.

Durch **Herrn Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde die Bitte geäußert, an die Kandidaten Fragen zu stellen. Er erachte dies als wichtig, da die Mitglieder der Wahlkommission immerhin für die Einteilung der Wahlgebiete in Wahlbereiche zuständig sind. Deshalb interessiere ihn die Position der einzelnen Kandidaten.

Auf die Frage von Herrn Busch, **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezüglich der erforderlichen Stimmen wurde von Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, mitgeteilt, dass die einfache Mehrheit für die Kandidaten ausreichend ist. Des Weiteren gab Herr stellv. Stadtratsvorsitzender Hoffmann die Reihenfolge des Eingangs der Benennung der Kandidaten durch die Fraktionen bekannt. Diese war:

SPD-Fraktion	am 24.07.2006	(Herrn Semper)
PDS-Fraktion	am 27.07.2006	(Herrn H. Krüger)
CDU-Fraktion	am 04.08.2006	(Herrn Dr. Exner)
Fraktion Bürgerliste/Die Grünen	am 23.08.2006	(Herrn Giese-Rehm)

Es wurden keine Einwände geäußert, die Abstimmung über die Kandidaten in dieser genannten Reihenfolge vorzunehmen.

Bezüglich der von Herrn Weber beantragten Fragestellung an die Kandidaten gab **Herr Oberbürgermeister Otto** zu bedenken, dass diese ja im Auftrag ihrer Fraktionen und dieses Hauses wirken werden. Er schätze es als unfair ein, hier in dieser Richtung von ihnen aus dem Stand heraus Antworten einzufordern. S. E. könne man sie höchstens fragen, ob sie dem Auftrag folgen oder ihre eigene Meinung vertreten würden.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, aus der Begründung zur Vorlage etwas anderes herauszulesen, weshalb er frage, ob der Stadtrat der Stadt Dessau oder der Stadt Roßlau nochmals einen Beschluss zu dem Procedere der Einteilung der Wahlbereiche fassen werde, oder es der Wahlkommission obliege.

Herr Conrad, Sachgebietsleiter Statistik und Wahlen, zitierte aus dem § 62 Kommunalwahlgesetz, wonach die Wahlkommission selbständiges Wahlorgan und ihre Entscheidung bindend ist. Sie ist also an keine andere Entscheidung, selbstverständlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, gebunden. Durch die Stadträte von Roßlau oder Dessau könne natürlich eine Empfehlung ausgesprochen werden.

Für die Verwaltung erklärte **Herr Oberbürgermeister Otto**, dass, wie bisher gehandhabt, die Wahlkreise von der Verwaltung vorbereitet und vorgeschlagen werden.

Herr Schönemann, PDS-Fraktion, bestätigte, dass dies die Praxis in der Vergangenheit war.

Sein Befremden über die Reihenfolge der Auflistung der Kandidaten äußerte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Ihm sei keine Wahl bekannt, wo die Kandidaten nicht nach dem Alphabet aufgelistet werden. Er bitte das Präsidium, dieses allgemein übliche Procedere auch hier anzuwenden.

Darauf erklärte **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, es sei grundsätzlich möglich, die Namen in alphabetischer Reihenfolge aufzulisten. Genauso ist es aber auch zulässig, dies in der Reihenfolge des Eingangs der Meldung vorzunehmen. Hintergrund ist, dass es keine gezielte Auswahl der Reihenfolge sein darf. Eine gesetzliche Vorgabe gibt es aber nicht. Der Tagungsleiter, in dem Fall Herr stellv. Stadtratsvorsitzender Hoffmann, habe das Recht, eines der genannten Prinzipien zugrunde zu legen. Dieser habe sich dazu schon positioniert.

Auf Nachfrage von **Herrn Harald Krüger, PDS-Fraktion**, ob es Befangenheitsgründe für die Kandidaten gebe, bestätigte **Herr Westhagemann**, dass die Stadträte, welche als Kandidaten auf der Liste stehen, befangen sind.

Die anwesenden Stadträte, Herr Harald Krüger, Herr Dr. Exner und Herr Giese-Rehm, welche auf der Liste der Kandidaten stehen, nahmen außerhalb der Reihen der Mitglieder des Stadtrates Platz und nahmen nicht an der Abstimmung teil. Herr Semper war für die Sitzung entschuldigt und daher nicht anwesend.

Herr stellv. Stadtratsvorsitzender Hoffmann brachte in der vorgenannten Reihenfolge die Kandidaten zur Abstimmung

Im Ergebnis der Abstimmung wurden als Mitglieder der Wahlkommission Herr Manfred Semper und Herr Dr. Stefan Exner bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Herr Semper, SPD-Fraktion	22 Ja-Stimmen
Herr H. Krüger, PDS-Fraktion	15 Ja-Stimmen
Herr Dr. Exner, CDU-Fraktion	26 Ja-Stimmen
Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen	16 Ja-Stimmen

5.4. Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31. Dezember 2005

Vorlage: BV/251/2006/I-OB

Die Leitung der Sitzung wurde wieder von Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner übernommen.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

5.5. Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: BV/310/2006/I-30

Herr Oberbürgermeister Otto führte aus, man will mit dieser Änderung der Hauptsatzung Rechtssicherheit für die Bekanntmachung besonders umfangreicher Dokumente durch Auslegung herstellen. Erstmals war durch ein Gerichtsverfahren deutlich geworden, dass die Auslegung, wie sie andernorts gehandhabt wird, nicht anerkannt würde und man die sehr umfangreiche Veröffentlichung von Dokumenten für die Regionalplanung nachholen müsse. Um dies nicht in diesem Umfang nachholen zu müssen, habe man sich zu der Satzungsänderung entschlossen.

Die **PDS-Fraktion** stellt den **Antrag**, die Beschlussvorlage an **den Hauptausschuss zu verweisen**, da hier die Zuständigkeit zur Vorberatung von Satzungen liegt, erklärte **Herr Schönemann**.

Er unterstütze den Antrag von Herrn Schönemann, bitte aber insofern um eine Erweiterung, dass man auf die Texte, die nicht mehr im Amtsblatt veröffentlicht werden, zumindest über die Internetseite der Stadt mit einem Link zugreifen kann, empfahl **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**.

Seines Erachtens handele es sich um eine reine Formalie und man wollte mit der Änderung der Hauptsatzung nur möglichst zeitnah auf das Gerichtsurteil reagieren, stellte **Herr Oberbürgermeister Otto** dar. Die Änderung der Hauptsatzung sei überschaubar und nachvollziehbar. Herr Otto wies darauf hin, dass eine Verzögerung bis zur Beschlussfassung im November die Rechtskraft des Planes um zwei Monate verschieben würde. Dazu, inwieweit Pläne digitalisiert in das Netz gestellt werden können, müsse er sich mit der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft verständigen. Wenn es machbar sei, könne dies erfolgen.

Ergänzend fügte **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, an, dass es hier um einen formalen Gesichtspunkt gehe. Das amtliche Bekanntmachungsorgan sei das Amtsblatt und es konnten bisher Pläne durch Auslegung bekannt gemacht werden. Man will mit der Änderung der Hauptsatzung nun erreichen, dass auch umfangreiche Textdokumente durch Auslegung bekannt gemacht werden können. Dem stehe nicht entgegen, auch zusätzliche Veröffentlichungsformen zu nutzen. Hinsichtlich des Zeitablaufes betonte Herr Westhagemann, dass es nicht nur um den zu fassenden Beschluss gehe, sondern, da es sich um die Änderung der Hauptsatzung handelt, bedürfe sie der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamtes, welche einen zusätzlichen Zeitaufwand benötigt.

Der **Geschäftsordnungsantrag** auf **Verweisung** in den Hauptausschuss kam zur Entscheidung und wurde mehrheitlich (bei 10 Fürstimmen und 2 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Die Änderung der Hauptsatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:08

5.6. Maßnahmebeschluss zur Ersatzbeschaffung eines Computerto-

mographien für die Klinik für Diagnostische und Interventionelle Radiologie/Neuroradiologie und Nuklearmedizin
Vorlage: BV/217/2006/V

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, verwies in diesem Zusammenhang auf Seite 3, vorletzter Absatz, letzter Satz. Er merkte an, dass es sich um den Maßnahmebeschluss handelt, dem sich das Procedere der Ausschreibung anschließe.

Der Stadtrat folgte der Empfehlung des Krankenhausausschusses einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

5.7. Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Dessau-Törten Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Dohlenweg - Maßnahmebeschluss -

Vorlage: BV/259/2006/VI-66

Einführend erläuterte **Herr Bürgermeister Gröger**, ergänzend zur Vorlage wolle er den Stadtrat insofern auch informieren, dass die Stadt nach der Umsetzung des Abwassererschließungskonzeptes gehalten sei, bis zum Jahr 2007/2008 diesen Prozess abzuschließen. In dem betroffenen Bereich in Törten seien bisher 7 Straßen realisiert worden, 6 mit Zustimmung, eine Straße mit Ablehnung, wobei der Stadtrat entschieden habe, dass gegen das Votum der Bürger nach Straßenausbaubeitragsatzung die Realisierung erfolgt. Heute stehen weitere zwei Straßen an. Im Sinne der Gleichbehandlung und der bislang durchgeführten klaren Entscheidungsvorgaben für die Verwaltung bitte er auch für die nächsten beiden Vorlagen um Zustimmung.

Nach der Bürgermeinung für die aktuell in diesen Vorlagen benannten Straßen fragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Hierzu berichtete Herr Bürgermeister Gröger, dass die Straßen nicht mit gemacht werden. Es gehe nur um einen Teil, nämlich die Abwasserleitung, die im Wesentlichen als Mischwasserkanal ausgeführt wird, und wo der entsprechende Anteil, den die Stadt mit zu finanzieren hat, gesplittet wird. Die Bürger sehen dies nicht ein und lehnen es grundsätzlich ab.

Es sei eine schwierige Entscheidung, sich gegen den Bürgerwillen auszusprechen. Seine Fraktion werde sich deshalb bei der Abstimmung der Stimme enthalten, erklärte **Herr Schönemann, PDS-Fraktion**.

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:01:13

5.8. Abwassererschließung sog. Vogelsiedlung Dessau - Törten Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Sandberg 2. BA - Maßnahmebeschluss

-

Vorlage: BV/274/2006/VI-66

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 25:01:13

5.9. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 173 "Steinhaussiedlung" in Dessau-Alten

Vorlage: BV/284/2006/VI-61

Der Stadtrat folgte dem Beschlussvorschlag mehrheitlich.

Abstimmungsergebnis: 36:00:03

5.10. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 413.800,00 EUR für Umsatzsteuer im Amt für Kultur, Tourismus und Sport

Vorlage: BV/279/2006/II-20

Zur Vorlage erläuterte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, dass es sich hierbei um eine für den Haushalt ergebnisneutrale Maßnahme, die Korrektur der Ansätze handelt.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau, merkte an, die Summe resultiere aus der Umsatzsteuerzahllast und man habe im Finanzausschuss darüber gesprochen, dass das durch Nichtbeachtung entsprechender Steuervorschriften entstanden ist. Er fragte nun nach, ob darin Säumniszuschläge bzw. Zinsen enthalten sind, die durch dieses Versäumnis entstanden sind.

Dies wurde von **Frau Beigeordnete Nußbeck** verneint. Es gehe nicht darum, dass keine Zahlung erfolgte, sondern dass kein Zahlenansatz ausgewiesen war. Im Übrigen war im Finanzausschuss die fehlende Zusammenarbeit kritisiert worden, dazu läge ihr nun ein Protokoll vor, dass die Ämter untereinander abgestimmt haben, wer wofür zuständig ist, damit dies für die Zukunft ausgeschlossen bleibt.

Der Stadtrat gab dem Beschlussvorschlag einstimmig seine Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: 30:00:00

5.11. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe "Erstattung von Sachkosten an Bundesagentur für Arbeit" in Höhe von 403.500,00 EUR

Vorlage: BV/285/2006/II-20

Frau Beigeordnete Nußbeck berichtete, dass der Finanzausschuss dieser Vorlage unter dem Vorbehalt zugestimmt habe, dass heute einige Dinge aufgeklärt, d. h. die Höhe der Beteiligung der Stadt an den Kosten der ARGE dargelegt werden. Zunächst stellte Frau Nußbeck klar, dass auch diese Vorlage ergebnisneutral ist. Es werde nur vom Netto- auf das Bruttoprinzip umgestellt, d. h. es wurden bisher mit der Agentur die Einnahmen und die Ausgaben verrechnet und der Saldo im Haushalt geplant. Jetzt werden die Einnahmen und Ausgaben jeweils voll geplant, der Saldo bleibt gleich.

Die Vereinbarung der Stadt Dessau mit der Agentur beläuft sich auf 12,6 %. Diese entsprechen dem Angebot und basieren darauf, dass geprüft wurde, dass dieser Ansatz auskömmlich ist und in der ARGE bereits bestimmte Schlüssel festgelegt wurden. Dazu gehört der Schlüssel zwischen der Erarbeitung der Kosten der Unterkunft

und einmaligen Beihilfen mit 1 : 500 und auch der Anteil der Querschnittsaufgaben mit 80 : 20 %. Auf dieser Grundlage wurde durch uns die Beteiligung überprüft und die 12,6 % sind für die Stadt Dessau auskömmlich. Sie sind auch fest vereinbart und müssen nicht nochmals nachgewiesen werden.

Zu der Bemerkung im Ausschuss, dass andere Städte andere Sätze vereinbart hätten, führte Frau Beigeordnete Nußbeck aus, dass dort auch eine andere Aufgabenregelung stattfand. Dessau habe mehr Aufgaben an die ARGE übertragen als bspw. die Stadt Magdeburg. Weiterhin taten beide Städte, die niedrigere Kostenbeteiligungen vereinbarten, dies nur vorläufig, müssen also am Ende in der Spitzabrechnung nachweisen, ob die niedrigere Beteiligung wirklich gerechtfertigt ist.

Die Position der **PDS-Fraktion** legte **Herr Schönemann** dar. Bereits bei der Einführung der Hartz-IV-Regelung und dem Aspekt der Neustrukturierung habe die Fraktion angemahnt, dass eine Reihe von Fragestellungen in Richtung der tatsächlichen Finanzlage und Zuordnung der Finanzen, vor allem die Last der Kommunen nicht definiert ist. Die Fraktion sehe keinen Grund, der Vorlage zuzustimmen.

Daraufhin betonte **Frau Beigeordnete Nußbeck** nochmals, man ändere mit der Vorlage nichts. Der Saldo im Haushalt bleibe unverändert. Es würde nur vom Netto- auf das Bruttoprinzip berichtet.

Es habe nichts mit der Arbeit der Stadtverwaltung zu tun, sondern sei ein politisches Votum, welches gesetzt werden soll, erwiderte **Herr Schönemann**.

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 27:09:03

**5.12. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung "Ausbau Heidestraße, Stadtteil Rodleben" in Höhe von 29.500,00 EUR
Vorlage: BV/298/2006/II-20**

Der Beschluss zur Vorlage wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**5.13. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) für die Region Anhalt mit den Landkreisen Anhalt-Zerbst, Bitterfeld, Köthen und der kreisfreien Stadt Dessau (Entwurf vom 11.8.06)
Vorlage: BV/291/2006/I-80**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Dessau, 12.09.12

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Karl Gröger
Bürgermeister und Beige-
ordneter für Bauwesen und
Umwelt

Schriftführer